Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 38 (2011)
Heft: 5

Artikel: Ständerat : Angriff der SVP ist gescheitert
Autor: Lenzin, René
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909614

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

beschäftigen wird: BDP und Grünliberale bekennen sich vorbehaltlos zu den bilateralen Verträgen mit der EU und vor allem zum freien Personenverkehr – Errungenschaften, welche die EU-Gegner von rechts und teilweise auch die Beitrittsbefürworter von links in Frage stellen.

Bisher waren FDP und CVP jene Kräfte, welche der Gesetzgebung mit ihrer lösungsorientiert-pragmatischen Politik den Stempel aufgedrückt haben – manchmal im Verbund mit der Linken, manchmal mit der Rechten. Die zahlenmässige Unterlegenheit im Nationalrat haben die beiden Parteien mit ihrer Dominanz im Ständerat kompensiert. Zusammen mit der direkten Demokratie sorgen die Eigenheiten des schweizerischen Zweikammersystems dafür, dass sich radikale Forderungen kaum je durchsetzen können.

Nun gehören auch noch BDP und Grünliberale zu dieser konsensorientierten Mitte, die insgesamt breiter geworden ist. In Kombination mit der Schwächung der Pole dürfte diese Stärkung zu einer sachlicheren Politik führen. Gleichzeitig droht der Mitte aber eine Aufsplitterung, welche die Lösungssuche erschweren kann. Abgesehen von persönlichen Animositäten zwischen den Vertretern der Parteien gibt es unterschiedliche Interessen und Prioritäten. Das wird sich bei Bundesratswahlen vom 14. Dezember zeigen (siehe Seite 16).

Es gibt Themen, da sind die sachlichen Differenzen so gross, dass gemeinsame Lösungen nicht möglich sind. Dazu zählt die Kernenergie, bei der die FDP eine andere Position einnimmt als die Ausstiegsbefürworter von CVP, BDP und Grünliberalen. In diesem Bereich wird in den kommenden vier Jahren eine Mitte-links-Allianz spielen, die insgesamt gestärkt aus den Wahlen hervor gegangen ist. Nebst der Energiefrage werden Europa, die Altersvorsorge und die Zukunft des Finanzplatzes zu den grossen Themen der kommenden Legislatur gehören. Eine permanente Grossbaustelle bleibt ausserdem das Gesundheitswesen. Und aktuell bleiben werden, nicht zuletzt dank einer entsprechenden Volksinitiative der SVP, Ausländer- und Einwanderungsfragen. Ob und welche Mehrheiten es in diesen Dossiers gibt, wird sich noch weisen müssen.

Blockade-Macht der Pole bleibt

Angesichts der anhaltenden internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise muss sich das neue Parlament zudem kurzfristig mit der Frankenstärke und den damit verbundenen Problemen vieler Exportfirmen befassen. Die Wahlergebnisse lassen vermuten, dass die Wählenden in dieser schwierigen Situation weniger auf Kräfte mit absoluten Forderungen setzen, als konkrete und umsetzbare Lösungen verlangen. Der Trend zur parteipolitischen Polarisierung, der seit den 1990er-Jahren angehalten hatte, wurde jedenfalls gestoppt. Unter dem Strich haben am 23. Oktober sowohl das links-grüne Lager als auch die SVP verloren. Aber die beiden Blöcke verfügen immer noch über je rund 60 Sitze im Nationalrat und können Projekte gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – blockieren. Geschehen ist das in der abgelaufenen Legislatur etwa bei der geplanten Reform der Altersvorsorge.

Der Reiz des Neuen, Unverbrauchten

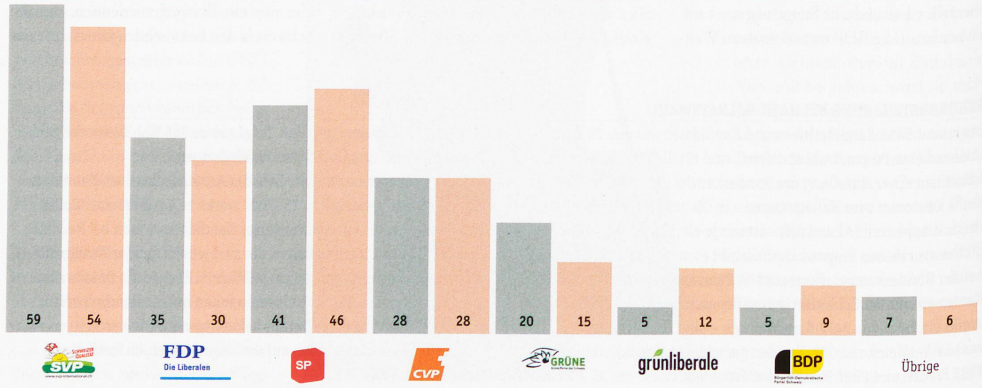
Bleibt die Frage, weshalb die traditionellen Volksparteien FDP und CVP weiter erodieren, während die «neue Mitte» derart zulegen kann. Gewisse Verschiebungen lassen sich erklären, etwa von der FDP zu den Grünliberalen aus ökologischen Gründen. Aber insgesamt sind die Differenzen doch gering. In manchen Kantonen ist die BDP eine Art protestantische CVP, in andern unterscheidet sie sich inhaltlich kaum von der FDP. Die Grünliberalen gehörten bisher zur CVP-Fraktion, ohne dass nennenswerte Konflikte bekannt geworden wären. Das lässt eigentlich nur den Schluss zu: Attraktiv sind die Siegerparteien insbesondere, weil sie neu und unverbraucht sind.

BDP und Grünliberale kommen zusammen auf einen Wähleranteil von fast 11 Prozent. Das ist beachtlich, und trotzdem ist der Erfolg zu relativieren. Die Parteien starteten praktisch bei null, was die Gewinne entsprechend gross aussehen lässt. Zudem verdanken sie ihre Gewinne teils abenteuerlichen Listenverbindungen. Neue Parteien, die vorübergehend erstaunliche Erfolge verzeichnen konnten, hat es in der Schweiz immer wieder gegeben. Beispielsweise der Landesring der Unabhängigen, der 1967 gut 9 Prozent Wähleranteil und 16 Sitze geholt hat – im gleichen Segment wie heute BDP und vor allem Grünliberale.

Grünliberale und BDP sind noch keine etablierten Parteien, sie sind noch daran, Strukturen und Programme zu erarbeiten. Teils entsenden sie Personen ohne oder mit wenig politischer Erfahrung ins Parlament. Erst die nächsten und übernächsten Wahlen werden daher zeigen, ob sie sich dauerhaft von der Konkurrenz abheben und ihre Erfolge bestätigen oder gar ausbauen können.

Blick in den Nationalratssaal: Die neue Sitzverteilung mit zahlreichen Parteien in der Mitte wird das Regieren nicht einfach machen

SITZVERTEILUNG IM NATIONALRAT VOR UND NACH DEN WAHLEN VOM 23. OKTOBER 2011



SCHWEIZER REVUE November 2011 / Nr. 5
Foto: Keystone

SCHWEIZER REVUE November 2011 / Nr. 5
Grafiken: Herzogbergen

Ständerat: Angriff der SVP ist gescheitert

Im ersten Wahlgang konnten erst 27 von 46 Ständeratssitzen besetzt werden. Trotzdem ist schon klar: Die Schweizerische Volkspartei wird ihre Sitzzahl kaum erhöhen können.
Von René Lenzin

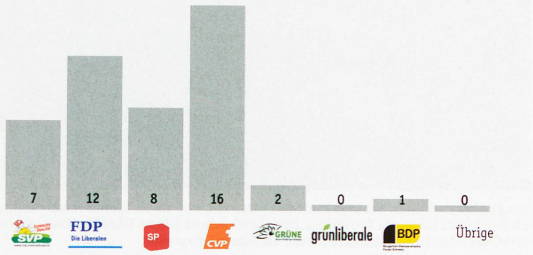
Die Schweizerische Volkspartei (SVP) schickte ihre besten Leute ins Rennen um die Ständeratssitze: Den früheren Bundesrat Christoph Blocher in Zürich, den Fraktionschef Caspar Baader in Baselland, den Parteipräsidenten Toni Brunner in St. Gallen und den ehemaligen Bundesratskandidaten Jean-François Rime in Freiburg. Geschafft hat es keiner der vier. Baader und Rime sind definitiv gescheitert, Blocher und Brunner müssen in den zweiten Wahlgang. Weil die SVP ihren Sitz in Graubünden verloren hat und auch jenen im Aargau zu verlieren droht, könnte sie am Schluss gar weniger Mandate in der kleinen Kammer haben als in der abgelaufenen Legislatur.

Die SVP selber mochte nicht von einem Misserfolg sprechen. Mehr Präsenz im Ständerat sei ein Langfristprojekt, sagten die Verantwortlichen. Tatsache aber bleibt, dass sich die Partei in Majorz- und Persönlichkeitswahlen schwer tut, ihre Kandidaten durchzubringen.

Zweite Wahlgänge in 13 Kantonen

Das definitive Ergebnis der Ständeratswahlen und damit die genauen Kräfteverhältnisse im Parlament werden erst am 4. Dezember feststehen, wenn in Solothurn der zweite Wahlgang stattgefunden hat. Zwischen dem 6. November und dem 4. Dezember kommt es in insgesamt 13 Kantonen zu zweiten Wahlgängen, in denen die Wahlberechtigten noch 19 von 46 Sitzen zu besetzen haben. Diese Zusatzrunden sind notwendig, weil die Wahl in den Ständerat – ausser in den Kantonen Jura und Neuenburg – eine Mehrheits- und keine Proporzwahl ist. Nur wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte aller eingegangenen Stimmen erzielt, ist gewählt. Erst im zweiten Wahlgang fällt die Hürde des absoluten Mehrs.

Bereits vor den zweiten Wahlgängen gehören die Sozialdemokraten (SP) zu den Siegern der Ständeratswahl. Sie haben bereits acht Mandate geholt, so viele wie keine andere Partei. Mit der früheren Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer gelang es der SP, im Aargau die bürgerliche Dominanz zu durchbrechen und erstmals seit 60 Jahren wieder einen Ständeratssitz zu erkämpfen. Da die SP gute Aussichten hat, ihren Waadtländer Sitz zu verteidigen, dürfte sie neun Plätze in der kleinen Kammer einnehmen.

Auf 12 bis 15 Sitze werden die Christlichdemokraten (CVP) kommen, auf 10 bis 13 die Freisinnig-Liberalen (FDP). Die beiden Parteien dürften zusammen immer noch die Mehrheit stellen. Insbesondere in finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen vertreten CVP und FDP häufig dieselben Positionen. Bis zu fünf Sitze könnten an Grüne und Grünliberale gehen. Vor allem in familien- und energiepolitischen Fragen zeichnet sich daher im Ständerat weiterhin eine Mitte-links-Mehrheit ab. Entscheidend kann die definitive Zusammensetzung der kleinen Kammer auch für die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats vom 14. Dezember werden (siehe Seite 16).

SITZVERTEILUNG IM STÄNDERAT VOR DEN AKTUELLEN WAHLEN